



Tagesfrage heute

Wer nicht widerspricht, soll automatisch Organspender werden. Finden Sie das richtig?

A Ja B Nein

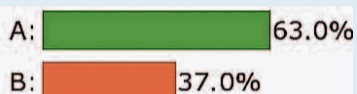
Stimmen Sie online ab unter der Rubrik «Mitmachen»

- www.aargauerzeitung.ch
- www.baselandschaftliche.ch
- www.bzbase.ch
- www.grenchnertagblatt.ch
- www.limmattalerzeitung.ch
- www.solothurnerzeitung.ch

oder schicken Sie ein SMS mit aztfa für «Ja» oder aztfb für «Nein» an 2222 (20 Rp./SMS)

Ergebnis letzte Tagesfrage

Der Nationalrat sagt Ja zum Gripen-Kauf. Ein guter Entscheid?



VIDEO DES TAGES



Grossbrand im Autohandelszentrum in Schlieren.

Presseschau

Süddeutsche Zeitung

EU-Kommissionspräsident (José Manuel) Barroso ... steht am Ende seiner Amtszeit ähnlich da wie die Behörde, die er führte: mutlos, ideenlos. [...] Die EU-Kommission wurde einst geschaffen, um dafür zu sorgen, dass auf dem europäischen Binnenmarkt alles mit rechten Dingen zugeht. Heute, nach zehn Jahren Barroso, ist sie so schwach wie nie zuvor. ... Das ist bedrohlich. Denn der Binnenmarkt ist jenseits aller Pläne über eine politische Union der real existierende Kitt, der die 28 Länder der Europäischen Union zusammenhält.

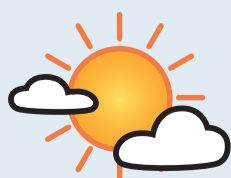
Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Priesterliches Zölibat Der designierte (vaterliche) Staatssekretär lässt mit einer Äusserung aufhorchen, die ein im Vatikan bisher gewahrtes Tabu aufbrechen könnte: Der Zölibat sei kein Dogma, sondern eine Tradition, über die man diskutieren könne. Würden-träger in der unmittelbaren Umgebung von Päpsten, die das zu sagen wagten, wurden bisher streng vergattert. Dass man diese Regel diskutieren könne, heisst allerdings noch lange nicht, dass demnächst ihre Abschaffung bevorsteht.

Das Wetter heute

10° 18°



Gastbeitrag zu den hohen Kosten für die Resozialisierung eines Straftäters

Hansueli und Carlos – beste Freunde



Andreas Glarner

Der Unternehmer aus Oberwil-Lieli ist Aargauer Grossrat und Fraktionspräsident der SVP.

■ **DIE GESCHICHTE** könnte erfunden sein – so unglaublich hört sie sich an. Ist sie aber leider nicht. Exakt 29 200 Franken gibt man in Zürich pro Monat für die angebliche Therapie und Resozialisierung des jugendlichen Straftäters «Carlos» aus. Grosszügige Wohnung, Gesellschafterin, Armani-Deo und Kampfsportkurse immerhin inklusive. Auch das Taschengeld von 1140 Franken ist im Betrag dabei. Da reibt sich mancher Lehrling die Augen und fragt sich, was er falsch macht. Jeden Morgen aufzustehen und zur Arbeit zu gehen, bringt einem Jugendlichen deutlich weniger ein, als jemanden hinterrücks mit dem Messer niederzustechen – weit haben wir es gebracht. «Sonder-Setting» nennt sich das. Es wird von Fachleuten auch als «hochintensive sozialpädagogische 1:1-Betreuung» bezeichnet. Die normalen Bürger nennen es Verschleuderung von Steuergeldern, Verhätschelung eines Straftäters und Beschäftigung von Jugendanwälten, Gutachtern und Sozialromantikern, die man sonst wohl nirgends brauchen könnte ...

ES IST EINE IRONIE der Geschichte, dass der Fall ohne Hansueli Gürbers Zutun wohl nie bekannt worden wäre. Zum Glück konnte der berufs-jugendliche Jugendanwalt in einem Fernsehbeitrag seinen Geltungsdrang ausleben. Er zeigte, dass er ein Kumpel der jungen Kriminellen sein will und grösstes Verständnis für ihr schändliches Tun hat. Gürber betrachtete seine kostspielige Täterpflege offenbar als derart normal, dass er keine Mühe hatte, im Fernsehen frank und frei davon zu erzählen. Und darum wird diesmal nie-

mand, der den Fall aufdeckt, entlassen. Man erinnert sich mit Schauern an das Schicksal der Damen Wyler und Zopfi. Die beiden wurden, nur weil sie ähnliche Fälle im Sozialhilfebereich aufgedeckt hatten, auf Geheiss der rot-grünen Frau Stocker aus dem Büro abgeführt und entlassen.

DIE GANZE links-grün-alternative Sozialarbeiterfront und die sie beaufsichtigenden Gutmenschen der Politik hätten uns wohl noch lange erzählt, wie sorgfältig man gerade in diesem Bereich mit den Steuergeldern umgehe. Apropos erzählen: Natürlich erzählt uns Martin Graf auch jetzt noch, dass dies ein «unschöner, tragischer Einzelfall» und nicht typisch für die Resozialisierung sei. Doch im rot-grün durchseuchten Zürich ist das Justizdepartement seit

Jahren in SP- und nun in grüner Hand. Wetten, dass es Dutzende solcher Fälle gibt?!

DENN DIE VERHÄTSCHELUNG hat System. Schon seit Jahren beschweren sich Opfer von jugendlichen Straftätern. Sie verstehen nicht, warum die Täter so gut wegkommen. Vor allem dann nicht, wenn die Opfer lebenslang zu leiden haben und die gewalttätigen Junioren mit einer Ermahnung nach Hause geschickt werden. Das Jugendstrafrecht ist eine Farce – die SVP fordert seit Jahren eine Anpassung an die immer jünger, dreister und brutaler werdenden Täter meist ausländischer Herkunft. Aber FDP und CVP machen nicht mit; jede Verschärfung wird abgelehnt. Derweil werden die Opfer beschwichtigt, verhöhnt und abgewiesen – und die Täter verhätschelt und verwöhnt.

WIESO LASSEN WIR die Sozialarbeiter, Jugendanwälte und Gutachter gewähren? Wieso lassen wir einen Jugendlichen, der bei seinen 34 Delikten auch zahlreiche Gewaltdelikte auf dem Kerbholz hat, ausgerechnet Kampfsportkurse machen? Wie lange lassen wir uns erzählen, solche Kurse seien besser als harte Strafen? Und wieso lässt man einen Hansueli Gürber auch noch nur einen Tag weiterarbeiten? Müsste man ihn und seine Mittäter nicht auch verhaften, sie umgehend des Amtes entheben und ihnen die üppige Beamtenrente zwecks Teilwiedergutmachung des von ihnen angerichteten Schadens entsprechend kürzen? Wenn jetzt keine Konsequenzen folgen, geht das rot-grüne Treiben munter weiter ...

Gastbeitrag zu den Volksabstimmungen über die Löhne in den Unternehmen

Frei ist, wer seine Freiheit gebraucht



Cédric Wermuth

Der Politik- und Philosophiestudent sitzt für die SP des Kantons Aargau im Nationalrat.

■ **DIE PARLAMENTARISCHE** Rechte in der Schweiz ist in heller Aufregung. Linke und Gewerkschaften haben es tatsächlich fertiggebracht, eine ganze Reihe von Initiativen zu sammeln, die die uneingeschränkte Herrschaft der Classe Economique infrage stellen: Mit der 1:12-Abstimmung im November kommt die erste Vorlage vors Volk, nächstes Jahr folgt die Initiative für einen gesetzlichen Mindestlohn.

DIE ÜBERBEZAHLTEN Werbefachleute haben jetzt offenbar das Schlagwort gefunden, mit dem Sie die «kommunistischen» Volksinitiativen bodigen wollen: Nein zum staatlichen Lohndiktat! Flächendeckend wurde die millionenschwere Kampagne von Economiesuisse und Konsorten lanciert. Die Warnung klingt einleuchtend: Wer will schon unter einem Diktat leben? Und dann noch ein Diktat des Staates? In jeder Diskussion weist der Vertreter von rechts noch darauf hin, das habe man in der Sowjetunion bereits einmal ausprobiert und dieses Modell sei schliesslich gescheitert.

DAS SCHLAGWORT vom «staatlichen Lohndiktat» hat nur einen kleinen Haken: Wir leben in einem demokratischen Staat. Und in einer Demokratie, die ihre grundlegenden Gesetze dann auch noch per Volksabstimmung beschliesst, ist das «staatliche Lohndiktat» nichts anderes als der demokratische Wille des Volkes. Wer also gegen staatliche Entscheide ist, ist gegen nichts anderes als die Demokratie. Und tatsächlich liegt genau dort die Angst der rechten Parteien: Die Angst, das Volk könnte auf die Idee kommen, auch

Regeln unserer Gesellschaft geht, dann stört der Staat, dann stört das Volk. Und weil es im Volk nicht so gut ankommt, gegen das Volk zu sein, und weil es noch weniger gut ankommt, wenn man versucht, die eigenen Privilegien und die der Abzocker-Freunde zu verteidigen, spricht man eben vom «Lohndiktat».

AUF DER ANDEREN SEITE stehen die Demokraten. Und die Demokraten wollen nicht einsehen, warum die Demokratie – auf die immer alle so stolz sind – ausgerechnet vor den Türen der Unternehmen, vor unseren Arbeitsplätzen haltmachen sollte. Warum sollte sie das? Warum sollen wir jedes kleinste Detail unseres Lebens bis und mit der Ausbildung von Hundehaltern demokratisch regeln, aber nicht die ganz zentrale Frage, wie wir den gemeinsam erarbeiteten Reichtum verteilen?

IN DER BUNDESVERFASSUNG steht, dass «frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht». Wie wahr. Leider haben die Antidemokraten in unserer Gesellschaft die Oberhand. Sie versuchen, unsere Entscheidungsfreiheit mehr und mehr zurückzudrängen. Sie sind tatsächlich daran, den ganzen Kontinent nach ihrem Gusto umzubauen: Nicht mehr Demokratien bestimmen heute das Schicksal der Länder Europas, sondern private Finanzspekulanten, Banken und die von ihnen finanzierten Parteien. In Griechenland genauso wie in der Schweiz. Mit dem Unterschied, dass wir in der Schweiz eine grosse Chance haben: Die Chance, zu zeigen, dass wir unsere Freiheit gebrauchen und die Demokratie zurückfordern.

Dohner



Vor jeder Disco richtet ein Bonsai-Despot

■ Endlich wird geklagt – gleich reihenweise. Die letzte Scheinautorität des Spass-Zeitalters wankt: der Türsteher. Auch dieser Bonsai-Diktator muss fallen: vor jeder Lounge oder Diskothek, vor urbanen Glitzerpforten wie beim Entree aus verschossenen Plüsch in Liesental oder Aarau. Muss stürzen vom künstlichen Podest, das der Türsteher allein dem Exklusiv-Getue der Clubs verdankt. Und trotzdem verteidigte, als wärs sein privates jüngstes Gericht, bei dem er jede Nacht alle Ausgangssüchtigen in Gesegnete und Verteufelte schied.

Immer habe ich diese Schaubuden-Mussolinis gehasst. Diese selbst berauschten Schleusenwärter. Zwitter-Machos zwischen King Kong, Nachtportier und Jackie Chan. Ihretwegen ging ich in keinen Club, mochten andere da sogar Schlange stehen, selbst bei Dauerregen. Zu unerträglich war nur schon der Gedanke, von einem dort postierten, tätowierten Kasten stumpf geprüft, nach haarsträubenden Kriterien beurteilt und aufgrund dümmsten äusseren Scheins dann eingelassen oder fortgewedelt zu werden. So was tat ich mir nicht an.

Nun also wird geklagt. Gegen die Branche. Gegen ihre Willkür, Menschen auszusperrten oder ins Walhalla vorzulassen. In Hannover klagt ein 29-jähriger gegen eine Grossdisco. Sollte ein Türsteher den Studenten erneut abweisen, droht dem Club ein «Ordnungsgeld» von bis zu 250 000 Euro. In München will ein Mann aus Burkina Faso gleich zehn Diskotheken verklagen. Auch in Leipzig, Hamburg und Heilbronn seien derzeit solche Prozesse hängig, schreibt diese Woche das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel».

Mit «Exklusivität» schaffen nicht bloss Clubs Inseln im weiten Wattenmeer der Demokratie. Jeder will gleichzeitig gleich und über andere Gleiche erhaben sein. Vielleicht ist das gar kein Zeichen der Zeit, sondern ein alter Drang des Menschen dort, wo er sich in allen untergehen fühlt. Individualität? Natürlich! Es wundert nur, weshalb so mancher sich diese von Türstehern zuweisen lässt.

max.dohner@azmedien.ch

Die Gastautoren

Andreas Glarner (Grossrat SVP/AG) und Cédric Wermuth (Nationalrat SP/AG)

Katja Gentinetta (Publizistin/Moderatorin) und Elisabeth Schneider-Schneiter (Nationalrätin CVP/BL)

Sebastian Frehner (Nationalrat SVP/BS) und Susanne Hochuli (Regierungsrätin Grüne/AG)

Peter Hartmeier (Publizist) und Kurt R. Spillmann (Prof. em. für Sicherheitspolitik)

Anita Fetz (Ständerätin SP/BS) und Christian Wanner (Regierungsrat FDP/SO)

Marianne Binder (Pressechefin CVP Schweiz, Grossrätin AG) und Hans Egloff (Nationalrat SVP/ZH)

Georg Kreis (Prof. em. für Geschichte) und Peter V. Kunz (Prof. für Wirtschaftsrecht)

Pirmin Bischof (Ständerat CVP/SO) und Christine Egerszegi (Ständerätin FDP/AG)

Kenneth Angst (Publizist) und Oswald Sigg (ehem. Bundesratspräsident)